

H a m e l n K o n z e p t II

Strategie für eine
ökologische Stadtentwicklung
1992 - 2002

S t e l l u n g n a h m e

der

BUND Ortsgruppe Hameln

zum Stadtentwicklungskonzept des
Planungsamtes vom Juli 1991

*Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
e.V.*



BUND



Inhaltsverzeichnis

Vorwort - Ziel und Zweck der Stellungnahme des BUND
Seite 3 - 4

1. Sachstandsbericht zum Stand der Diskussion
Seite 5 - 6

2. Zur Leitidee "Stadt für Kinder"
Seite 7 - 8

3. Zum Bereich Wohnen, soziale Infrastruktur
Seite 9 - 12

4. Zum Bereich Wirtschaft
Seite 13 - 16

5. Zum Bereich Verkehr
Seite 17 - 20

6. Zum Bereich Freizeit, Erholung, Sport
Seite 21 - 24

7. Zum Bereich Umwelt/Natur, Stadtgestalt
Seite 25 - 28

8. Weitere Handlungsbereiche
Seite 29 - 30

9. Schlußbetrachtung
Seite 31

Wir über uns - kurze Selbstdarstellung des BUND
Seite 32

Stand: 01.12.1992



-- Vorwort --

Ziel und Zweck der Stellungnahme des BUND

Die Ortsgruppe Hameln des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) will sich mit der hier vorgelegten Stellungnahme an der Diskussion um das zukünftige Hamelner Stadtentwicklungskonzept beteiligen. Wir orientieren uns dabei an dem von der Stadtverwaltung vorgelegten Konzept mit dem Titel "Stadt für Kinder" und wollen unsere Positionen und Anregungen für eine vorteilhafte Stadtentwicklung darlegen.

Der BUND ist eine unabhängige und überparteiliche Organisation. Die im folgenden vorgestellten Ideen und Forderungen dienen als Voraussetzung für eine nachhaltige Sicherung und Entwicklung der gesamten Umwelt.

Dazu ergeben sich für uns folgende **Schwerpunkte** für die grundsätzliche Diskussion um das zukünftige Stadtentwicklungskonzept Hameln:

Wir wollen eine Lanze brechen für eine umweltfreundliche Stadt der Kinder. Eine Stadt, die dem tatsächlichen Schutz der Lebensgrundlagen der Menschen und damit gerade auch unserer Kinder - der Natur, der Luft, dem Wasser, dem Boden - höchste Priorität einräumt.

Wir fordern von einem fortschrittlichen Stadtentwicklungskonzept die Aspekte des Umweltschutzes, gerade unter dem Schatten sich anbahnender Katastrophen, wie Wald- und Artensterben, Klimakatastrophe und Gewässerverschmutzung, nicht nur "nicht außer Acht zu lassen", sondern sie zur Grundlage allen Planens zu machen.

Wir unterstützen Umdenkungsprozesse in Bezug auf den Stellenwert des Erhaltes unserer natürlichen Umwelt, die eine Abkehr von gängigen, bequemen, aber uns alle schädigenden Verhaltensformen bewirken (z.B. bei der Benutzung privater Autos).

Wir wissen, daß der Stadt Hameln bei der Realisierung aller Maßnahmen der Stadtentwicklung enge finanzielle Grenzen gesetzt sind. Um so wichtiger ist es daher Verbündete zu finden, die gemeinsam mit uns darüber wachen, daß der Umweltschutz nicht im politischen Alltagsge-



schäft in Vergessenheit gerät. Jeder Ratsherr, der dazu beitragen will, erhält, unabhängig von der politischen Partei, der er angehört, unsere volle Unterstützung.

Beim Namen nennen werden wir aber alle Aktivitäten, die notwendige Umweltschutzmaßnahmen unterlaufen und verhindern.

Es wäre schön, wenn Sie uns Ihre Meinung zu unserer Stellungnahmen mitteilen würden. Sie erreichen uns über das Natur- und Umweltschutzzentrum Hameln, Berliner Platz 4, Telefon 05151/13671

Für die BUND-Ortsgruppe Hameln

Dr. Wolfgang Reimers, Jutta Reese, Friedrich Niemeyer, Sigrid Bethge, Anette Gerten sowie Anna Maria und Ralf Hermes



1. Sachstand bis November 1992

Die bisher geführte Diskussion über das von der Verwaltung vorgeschlagene Stadtentwicklungskonzept dürfte für alle Beteiligten mehr als unbefriedigend verlaufen sein.

Von Seiten der Hamelner Verbände, die sich überwiegend im sozialen Bereich engagieren, wurde das Diskussionsangebot der Stadt schon im Herbst '91 begeistert aufgenommen. Schnell gründete sich die **Arbeitsgemeinschaft "Stadt für Kinder"**, der sich neben 12 anderen Gruppen auch unsere BUND-Ortsgruppe anschloß. Gemeinsam wollte man/frau sich für die vorgeschlagene Leitidee einsetzen und zu den Inhalten des Konzeptes Stellung nehmen.

Aber alle Bemühungen der AG verliefen bislang weitgehend ins Leere. Eine offene Diskussion mit den politischen Entscheidungsträgern fand trotz vielfältigster Bemühungen kaum statt.

Herr Griebler, als Chefredakteur der DEWEZET tat das seine, um durch eine Vorabverurteilung des vorgelegten Konzeptes die Meinungsbildung in eine bestimmte Richtung zu lenken.

Schließlich kippte die SPD/F.D.P. - Koalition nach einigem hin und her die Leitidee "Stadt für Kinder". Und auch die Planungen für den Hamelner EXPO-Beitrag wurden völlig verdreht.

Viele engagierte Mitglieder der AG stehen derweil ziemlich desillusioniert vor dem derzeitigen politischen Scherbenhaufen der Stadtplanung. Die Enttäuschung über den politischen Stil und die Umgangsformen unserer Ratsvertreter ist groß.

Hoffnung liegt jetzt in einem, mehr als ein Jahr nach Veröffentlichung des Hamelnkonzeptes zu gründenden Arbeitskreis "Stadtentwicklung" des Stadtrates, dem sowohl der BUND wie auch ein Vertreter der AG "Stadt für Kinder" angehören soll.

Die hier vorliegende Stellungnahme des BUND soll ein erneuter Versuch sein, mit allen Interessierten Bürgern, Gruppen und Politikern in eine inhaltliche Diskussion über die Zukunft der Stadt Hameln einzusteigen.



Ausschnitt aus dem Delster-Anzeiger vom 16.10.92

2 DELSTER-ANZEIGER

Arbeitsgemeinschaft „Stadt für Kinder“ übt heftige Kritik am Rat

Leitidee zur Stadtentwicklung „landet im Papierkorb“

Hameln (bei). Kein gutes Haar läßt die Arbeitsgemeinschaft (AG) „Stadt für Kinder“ an der vollzogenen Abkehr von der gleichnamigen Leitidee für das Hamelner Stadtentwicklungskonzept durch die Ratmehrheit von SPD und FDP. Das ursprüngliche Konzept sollte gleichzeitig als wirkungsvoller Beitrag für die Beteiligung an der Weltausstellung Expo 2000 genutzt werden.

Gegen die drei Stimmen der Grünen schrieben FDP, SPD, CDU und UF am Mittwoch per Ratsbeschluß den neuen Arbeitsrat „Hameln und Kinder – Alte Stadt auf neuen Wegen“ für die Expo 2000 fest. In der Ratssitzung legte Volker Wühbel (SPD) auf die Feststellung wert, daß der Expo-Beitrag und das Stadtentwicklungskonzept zwei voneinander getrennte Bereiche seien.

Dokumentiert wird dieses dadurch, daß die Stadtleitidee mittlerweile den Arbeitstitel „Stadt für alle – Hameln, das familienorientierte Mittelzentrum“ trägt. Die Arbeitsgemeinschaft, ein Zusammenschluß von zehn Sozialverbänden aus der Werrastadt, hat jetzt eine eigene Wertung der Entwicklung und neuen Situation vorgenommen und diese allen Ortsgruppen der Parteien sowie dem zukünftigen Oberstadtdirektor Werner Lichtenberg zukommen lassen.

„Die Regierungsguppe lehnt es ab, als Zielvision der Stadtplanung die Bedürfnisse der Kinder und damit der sozial schwächsten Glieder unserer Gesellschaft

voranzustellen“, heißt es im Flugblatt der AG, deren Sprecher, BUND-Vorsitzender Ralf Hermes, beklagt, daß das vor einem Jahr vom Stadtplaner Wolfgang Kaiser vorgestellte Konzept mit seinen Verknüpfungen von Stadtplanung, Expo-Beitrag und Leitidee faktisch im Papierkorb landete.

Mit dem Konzept „Stadt für Kinder“, das mittlerweile von der Stadt Pattenen für die Expo 2000 aufgegriffen wurde, sollte Hamelns Stadtplanung eine Zielvorstellung gegeben werden, die einerseits ein eigenes unverwechselbares Kennzeichen auch zur Profilierung gegenüber anderen Städten gibt und die andererseits eine Zukunftsvision darstellt, mit der sich möglichst viele Bürger identifizieren können. Eigentlich wie maßgeschneidert für eine sozialdemokratische Partei, so Hermes.

Christine Schlemmer vom Kinderschutzband folgte in einem Gespräch mit dieser Zeitung: „Dieses Leitmotiv hätte auch eine politische Festlegung mit sich gebracht. Damit wäre ein relativ konkreter Maßstab aufgestellt worden, mit dem sich das Handeln unserer Politiker hätte messen lassen. Doch dieser Verzichtung wollte sich die Mehrheit Hamelner Politiker offenbar nicht stellen. Die Folge sei eine Verdrehung der Expo-Planungen.“

Der Schwerpunkt des Expo-Beitrages liege jetzt mit einem aufgesetzten Rattenfängerparade und einem pompösen Mittelalterpektakel auf der touristischen Ebene, klagt Hermes über die Tendenzwende. Zwar seien noch einige „Kinderprojekte“ unter „ferner Liefern“ veranschlagt, diese hätten aber lediglich die Mitnahmeauf-

gabe von Expo-Fördergeldern, um das ganze Spektakel zu finanzieren.

Diese Vermutung der AG bestätigte Volker Wühbel in der jüngsten Ratssitzung: „Für uns steht der Rattenfänger an erster Stelle, auch wenn er (im Förderantrag an das Expo-Büro, Ann. d. Red.) an letzter Stelle steht. Hier sind Dinge drin, die zu verwirklichen sind und die Besucher nach Hameln locken!“ sagte er den Kritikern aufseiten der CDU und der Grünen.

Die Zurückstellung der Kinder für dieses Spektakel kritisierten die Sozialverbände und veranlassen Hermes zu der Frage: „Wann benennt die SPD ihren Parteinamen um, denn von sozial ist nichts mehr zu spüren.“ Aber auch mit den Christdemokraten geht die AG schonungslos ins Gericht. Ihr werfen die Verbände Untätigkeit vor, um das ursprüngliche Konzept zu retten. „Als es zur Abstimmung über die Konzeptänderung in den verschiedenen Ausschüssen kam, erhob sich keine Stimme des Protestes“, so Schlemmer. Man habe sich vornehm der Stimme enthalten und im Rat sogar zugestimmt. Damit begrub die CDU gemeinsam mit den anderen die Leitidee „Stadt für Kinder“.

Ob die AG nun ihre Daseinsberechtigung verloren hat, wollte Hermes noch nicht konkret zu beantworten. Sicher ist, daß die größeren Gruppierungen als Einzelverband in dem neu zu bildenden städtischen Arbeitskreis „Stadtentwicklung“ mitarbeiten wollen, um sich hier weiterhin für die Belange der Jüngsten in der Rattenfängerstadt einzusetzen.



2. Zur Leitidee „Stadt für Kinder“

Um es vorwegzunehmen:

Der BUND begrüßte die Absicht der Stadt Hameln, die Stadtplanung unter die Leitidee „Stadt für Kinder“ zu stellen **a u ß e r o r d e n t l i c h**.

Bei vielen unserer aktiven Mitglieder war oft die Sorge um die Lebensbedingungen ihrer Kinder der Anstoß, aktiv etwas für den Umweltschutz zu tun. Umweltschutz und ökologisches Denken ist immer auch auf die Zukunft gerichtet - und die Zukunft gehört nun mal den Kindern.

Daher ist für uns eine Leitidee „Stadt für Kinder“ immer auch verbunden mit einer **umweltfreundlichen Stadt**. Einer Stadt, die sich zu der Verantwortung für die Lebensbedingungen unserer Kinder und später für deren Kinder bekennt. Und nicht nur das...

Wie kann man in hundert Jahren,
allein in einer grauen lärmenden Stadt,
ohne das Zwitschern der Vögel,
ohne grüne Bäume, in denen der Wind rauscht,
ohne die kleinen Feldblumen, die am Wegrand stehen,
glücklich sein?

(ein Gedicht von Christine W., 12 Jahre, eingereicht im Rahmen der Aktion „Jugend erlebt Natur“)

Wenn die Stadt Hameln die Lebensbedürfnisse der Kinder zum Leitbild ihres Handelns macht, so würde sie den Schwerpunkt auf eine verantwortungsbewußte und soziale Zukunftsentwicklung setzen.

Profitieren würden davon nicht nur die Kinder und deren Familien, sondern gerade auch die älteren Leute. Diese gehören, wie die Kinder, oft zu dem sozial vernachlässigten Teil der Bevölkerung. Maßnahmen für Kinder, z.B. für eine kinderfreundlichere Verkehrsgestaltung, kämen auch direkt der älteren Generation zugute.

Wie auch im Planungskonzept erläutert, wäre die Leitidee „Stadt für Kinder“ **als umfassende Stadtvision** zu verstehen, der es nicht lediglich um ein paar mehr Spielplätze geht. Vielmehr bedeutet sie eine politische Weichenstellung, die auch den nachfolgenden Generationen eine lebens- und lebenswerte Stadt erhalten soll.



Das derzeit von der SPD/F.D.P.- Gruppe vorgeschlagene Leitmotiv "Stadt für alle - Hameln, das familienorientierte Mittelzentrum" lehnen wir als zu abstrakt und unverbindlich ab.

Die Aussagekraft dieses Mottos ist gleich null. Es ist viel zu undifferenziert, um für Hameln ein eigenes unverwechselbares Kennzeichen darzustellen, so daß es im Grunde auch niemanden besonders ansprechen dürfte.

Der BUND fordert daher die "alte", von der Stadtverwaltung vorgeschlagene Leitidee mit dem von der AG "Stadt für Kinder" vorgeschlagenen Zusatz zum Maßstab der städtischen Planungen zu machen.

Hameln - Stadt für Kinder - Stadt mit Zukunft



3. Zum Bereich Wohnen, soziale Infrastruktur

3.1 Ausgangslage:

Trotz abnehmender Bevölkerungszahl steigt die Anzahl der Haushalte ständig. Dementsprechend groß ist auch die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt. Der Ruf nach schneller Ausweisung neuer Bauflächen ist im politischen Raum allerorts zu hören.

Bei der Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt ist aber die Tendenz zur immer größeren Wohnung für immer kleinere Haushalte nicht außer Acht zu lassen.

Bei allem Verständnis ist der Wunsch nach möglichst großem Wohnraum für Ein- oder Zweipersonenhaushalte - unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Fläche und der Umweltfolgen einer sich ständig ausweitenden Bebauung als "Luxusforderung" zu bewerten, welche **nur sozialverträglich und mit den entsprechenden Kosten befriedigt werden sollte.**

3.2 Grundsatzposition des BUND:

"Jedes Bauen verbraucht ein Stück Natur, belastet ein Stück Natur und verändert ein Stück Natur."

Wir betonen dieses gleich zu Anfang, da in der Vergangenheit, oft ohne böse Absicht, bei der Bauplanung viele Faktoren des Natur- und Umweltbereiches unvollkommen oder gar nicht berücksichtigt wurden. Die Folge war, daß durch Baustoffherstellung, Gebäudeerrichtung und Gebäudenutzung unsere grundlegenden Lebensgrundlagen Wasser, Luft, Boden, die Arten- und Ökosysteme, sowie die nicht erneuerbaren natürlichen Rohstoffe **mehr als erforderlich** belastet bzw. verbraucht wurden. Die Folgen von naturfernen und damit **lebenfeindlichen** Baukomplexen auf das soziale Zusammenleben sind hinreichend bekannt.

Zum Glück blieb die Stadt Hameln (vielleicht mit leichter Einschränkung bei Teilbereichen Afferdes und dem Wohngebiet "Hohes Feld") von wirklich gravierenden städtebaulichen Fehlern solcher Art verschont. **Dennoch bedarf auch unsere "herkömmliche" Bebauungspraxis eines grundlegenden Sinneswandels.**



Für Hamelns Planungen muß daher gelten:

Die Aufteilung des Bodens muß sozial- und umweltverträglich erfolgen, wobei natur- und umweltbezogene Planungen, Bautechniken und Baumaterialien die Zukunft bestimmen sollen. Auf flächenintensive Bauformen ist zu verzichten. Eindeutige Priorität muß der flächensparenden und kostengünstigen Mehrfamilienhausbebauung eingeräumt werden.

Das "ökologische Bauen" muß für Hameln Standard werden.

Das vorliegende Stadtplanungskonzept bietet hierfür sehr gute Grundvoraussetzungen.

3.3 Der BUND begrüßt:

- die Wohnungsbauerweiterungsgebiete grundsätzlich auf den kernstädtischen Raum zu konzentrieren.
- einer Abwanderung, gerade auch sozial schwächerer Familien ins Umland, mit den damit verbundenen negativen Folgen, durch eine genügende Baugebietsausweisung entgegenzuwirken (Eine konsequente Orientierung am tatsächlich vorliegenden Bedarf wird vorausgesetzt. Für diese Zielgruppe scheiden großflächige Einfamilienhausgebiete schon aus Kostengründen aus).
- bei allen Wohnungsbaumaßnahmen den Belangen von Natur und Umwelt in besonderem Maße Rechnung zu tragen und für eine Anbindung an den ÖPNV zu sorgen. Die unter Punkt 6.7.1 des Stadtentwicklungskonzeptes gemachten Ausführungen zum umweltgerechten Wohnungsbau und ökologischen Stadtbau finden unsere vollste Zustimmung - allerdings sollte es sich dabei auf keinen Fall um zusätzliche "Einzelfallgedanken", sondern um **Grundprinzipien** handeln. Der schlesw.-holsteinische Förderpreis für ökologisches Bauen könnte als Bsp. für heimische Wettbewerbe dienen.

Das BHW oder auch andere Bausparkassen ließen sich für solche Veranstaltungen sicherlich gewinnen.

Gleiche Gedanken sollten für die Bestandspflege und -verbesserung gelten.



3.4 Der BUND fordert weiterhin, das Planungskonzept um folgende Punkte zu ergänzen bzw. diese besonders zu berücksichtigen:

- Durchführung von **Umweltverträglichkeitsprüfungen** bei allen vorgesehenen Maßnahmen durch einen unabhängigen Umweltsachbearbeiter **unter Beteiligung der anerkannten Naturschutzverbände**. Wertvolle Landschaftsbestandteile sind von Baugebieten freizuhalten. Keine neue Bebauung in Waldrandnähe.
- Es dürfen nur dann Bebauungspläne aufgestellt werden, wenn dies **ökologisch und landschaftlich unbedenklich** ist. Besonders aber ist das Instrumentarium des Bebauungsplanes zur Sicherung und, wo notwendig, zur Neuschaffung der Vielfalt von Natur und Landschaft auszunutzen. Dazu sind verbindliche Grünordnungspläne festzulegen, die für eine naturnahe Gestaltung und einen höheren Anteil an Grünstrukturen sorgen.
- Folgende **Regeln für eine umweltverträgliche Bauplanung** müssen beachtet werden (Auflagen):
 - * naturverträgliche Anpassung von Gebäuden und Siedlungen an die vorgefundene Landschaftsform
 - * sparsamer Flächenanspruch unter Schonung wertvoller Lebensräume
 - * möglichst geringe Bodenverdichtung oder -versiegelung
 - * Schutz des Oberflächen- und Grundwassers
 - * Schaffung von Ersatzflächen für die Natur (z.B. Stilllegung intensiv bewirtschafteter Ackerbauflächen als Ausgleichsmaßnahme)
 - * Einbeziehung von Natur in den Baukörper und die bebaute Fläche
 - * naturnahe Farben und Farbmuster am (und im) Bau
 - * Verwendung schadstofffreier Materialien
 - * sparsamer Umgang mit Material und Energie,
 - * Wiedernutzung vorhandener Grundstücke und Bauwerke,
 - * Vermeidung giftiger Inhaltsstoffe und Abfälle bei der Baustoffproduktion
 - * volle Wiederverwendbarkeit des verbauten Materials,
 - * Nutzung der Sonnenenergie,
 - * Nutzung von Regen- und Brauchwasser
- Grds. ist bei größeren Siedlungserweiterungen eine **Mischnutzung zu fördern**, d.h. Wohnen, Erholen, Arbeiten und Einkaufen ohne weite Wege.



- Unter dem **Stichwort "autofreies Wohnen"** sollte für neue Wohngebiete gelten: Bei der Verkehrsanbindung ist in einem Radius von 300 m (= 27 ha = ca. 4.000 Bewohner) eine Erschließung **nur** für Fußgänger und Radfahrer in der Fläche zuzulassen. Fahrzeuge werden zentral in einer Garage oder einem Gemeinschaftsparkplatz untergebracht, wo auch die Haltestelle des ÖPNV ist. Herkömmliche Anliegerstraßen entfallen praktisch, es genügt eine Verkehrsstraße von der zentralen Garage zum übrigen Hauptverkehrsstraßennetz. Konsequenzen:

- + geringe Lärm- und Abgaswerte
- + höhere Verkehrssicherheit
- + kleinstmögliche Gestaltungsmöglichkeiten
- + bessere Ausgangssituation für den ÖPNV
- + "Straßen"-raum wird frei für Begegnung, Spiel und Aufenthalt
- + geringere Erschließungskosten
- + weniger versiegelte Oberfläche

- Jedes neue Wohngebiet ist mit **Naturerlebnisräumen für Kinder** zu koppeln. Als ein Beispiel könnten hier die Le Roy'schen Gärten dienen, die von einer naturnahen "verwilderten" Gestaltung des unmittelbaren Wohnumfeldes zur freien Verfügung für die Bürger ausgehen. Näheres dazu siehe: Le Roy, L.G. - Natur ausschalten, Natur einschalten, Stuttgart 1973

- Es ist ein Programm zur schrittweisen **Entsiegelung unnötig versiegelter Flächen** aufzustellen, welches eine Umgestaltung von Parkplätzen und sonstigen öffentlichen Plätzen mit wasserdurchlässigem Material anstrebt. Ein beispielhafter Anfang könnte hier beim BHW-Parkplatz gemacht werden.

- Weiterhin ist ein **Kanalsanierungskonzept** zügig umzusetzen, damit keine Abwässer ungeklärt in den Boden versickern bzw. bei starken Regenfällen in die Weser gelangen.

Weitere Informationen: u.a. Informationshefte "Ökologisches Bauen" des Schleswig-Holsteinischen Umweltministeriums und Prof. Knoflacher 1985



4. Zum Bereich Wirtschaft

4.1 Grundsatzposition zum Konflikt Wirtschaft - Umwelt:

Zwei große Herausforderungen, welchen sich unsere Kommunalpolitik zu stellen hat, heißen Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit.

Derzeit stehen sich die Handlungskonzepte zur Bewältigung dieser beiden Problembereiche **schelnbar** hoffnungslos entgegen. Dieses oft von bestimmten Wirtschaftsunternehmen suggerierte Bild führte in der Vergangenheit dazu, den Umweltschutz als arbeitsplatzzerstörend und entwicklungshemmend darzustellen. Dieses ist schon mittelfristig betrachtet falsch, da der Nutzen umweltentlastender Maßnahmen oft um ein Mehrfaches deren Kosten übersteigt. Jede Umweltschutzinvestition stellt daher - volkswirtschaftlich betrachtet - einen Gewinn dar. Umweltschutz ist also nicht nur ökologisch unabdingbar, sondern zahlt sich ökonomisch aus.

Die Zeiten, da notwendige Umweltschutzmaßnahmen aus vordergründigen Kostengründen für die Wirtschaft abgelehnt wurden, müssen daher in Hameln der Vergangenheit angehören.

Investitionen in eine intakte Lebensumwelt heute verschaffen uns morgen den Wettbewerbsvorteil, den kurzfristig denkende Stadtväter anderer Kommunen durch falsche Schwerpunktlegung verspielen.

Ziel einer zukunftsweisenden Stadtplanung soll es sein, beiden o.a. Herausforderungen gerecht zu werden. Schlicht gesagt muß die Devise lauten: - **"Arbeit ohne Umweltzerstörung"** -

Die Stadt Hameln hat somit die Aufgabe, durch Auflagen und Verbote, sowie (im Rahmen ihrer Möglichkeiten) durch Steuer- und Fiskalpolitik den Unternehmen einen Rahmen zu setzen, der diese motiviert und nötigenfalls zwingt, die beschäftigungs- und umweltpolitischen Ziele zu beachten.

4.2 Der BUND begrüßt, daß

- sich die wirtschaftsfördernden Tätigkeiten der Stadt auf die Bestandspflege und -entwicklung konzentrieren wollen und dabei der Schwerpunkt auf kleinere und mittlere Betriebe gesetzt werden soll.



4.3 Der BUND fordert weiterhin, das vorliegende Planungskonzept um folgende Punkte zu ergänzen bzw. diese besonders zu beachten:

- Vor der Ausweisung neuer Gewerbegebiete sind Industriebranchen zu **rekultivieren**. Hier sind alle erdenklichen Bemühungen anzustellen.
- Bei der Neuausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten ist in jedem Einzelfall ein **sehr strenger Maßstab** anzulegen. Die im Konzept aufgeführten Forderungen zur Beachtung der Umweltbelange finden unsere vollste Zustimmung.
- Die Notwendigkeit zur Umgestaltung unserer Verkehrsverhältnisse machen die **Anbindung von Gewerbeflächen an die Anschlüsse der Deutschen Bundesbahn** unumgänglich. Hier sollte Hameln eine Vorreiterrolle einnehmen.
- Die **restriktive Haltung bzgl. großflächiger Einzelhandelsbetriebe** ist unbedingt aufrechtzuerhalten. Gerade die großen Verbrauchermärkte stellen eine Konkurrenz dar, der kleinere mittelständische Unternehmen nichts mehr entgegenzusetzen haben. Die mit diesen Märkten verbundene Zentralisierung zerstört nicht nur die Stadtstruktur, sondern vernichtet eine Vielzahl von Arbeitsplätzen.
Kleinflächigen, eigenständigen Versorgungszentren in allen Wohnbezirken ist der absolute Vorrang einzuräumen.
- Die derzeit diskutierte Version des Ausbaues des Kleinen Hauses der Weserberglandfesthalle zum großangelegten **Tagungszentrum** wird als kostenträchtiges Prestigeobjekt zum Nutzen einiger weniger **abgelehnt**. Hierzu die knappen städtischen Gelder zu investieren, ist im Hinblick auf andere anstehende Investitionen absolut verfehlt.
- Neuanzuleidende Betriebe sind unter **folgenden Gesichtspunkten** auszuwählen:
 - a) Produktion möglichst umweltschonender Güter
 - b) möglichst geringer Antransport- und Vertellaufwand mit einer umweltfreundlichen Transportorganisation für Güter und Personen
 - c) Einsatz umweltfreundlicher Rohstoffe/Materialien
 - d) geringstmöglicher Ausstoß von Luftschadstoffen, Abwärme, Abwässern und Abfällen.



Als Beispiel sei die Firmenphilosophie der Fa. Wilkhan, Bad Münder, genannt, die derzeit in ihrem umweltfreundlichen Gesamtkonzept richtungsweisend ist.

- Um den komplexen Zusammenhängen von Umweltschutz und Wirtschaft gerecht zu werden, regen wir die Bildung einer **"Projektgruppe ökologische Wirtschaftsentwicklung"** zur Erarbeitung eines Programmes mit folgenden Elementen an:
 - a) Bestandsaufnahme und Bestandsbeobachtung (dazu: Betriebs-, Altanlagen-, Industrie- und Gewerbeflächenkataster, Infrastrukturkataster, Baulücken-/Brachflächen-/Leerstandskataster, div. Umweltkataster wie Emissionskataster, Wärmeatlas, Lärmkataster, Abfallkataster, Altlastenkataster u.a.)
 - b) Entwicklungs- und Problemanalyse mit folgenden Aspekten:
 - + Umweltverträglichkeit der vorhandenen Branchen- und Betriebsstruktur,
 - + Umweltverträglichkeit der gegenwärtig belegten Industrie- und Gewerbebestände
 - + Ansätze und Potentiale für eine ökologische Orientierung der Produktionen am Ort
 - + Arbeitsmarktanalyse
 - c) Formulierung der Ziele einer ökologischen Wirtschaftsentwicklung
 - d) Aufstellung eines MaßnahmenprogrammesDas Amt 13 (Wirtschaftsförderung und Öffentlichkeitsarbeit) ist zu diesem Zwecke mit einem/r kompetenten Umweltfachmann/-frau zu ergänzen.

Eine Wirtschaftsförderung zu Lasten der Umwelt darf es zukünftig nicht geben.

Weitere Informationen:

- Heimat und Umwelt, Band 5, Kommunales Handlungskonzept für Industrie und Gewerbe
- BUND-Position 14, Ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik und Plädoyer für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft



»Hurra, wieder 2,5 Prozent höher!«



5. Zum Bereich Verkehr

5.1 Ausgangslage:

Der Straßenverkehr als "Umweltverschmutzer Nr. 1" leistet einen erheblichen Beitrag zu der Bedrohung des Weiterbestehens unseres Ökosystems Erde.

Die zur Zeit immer wieder prognostizierten Szenarien eines starken Anstiegs des privaten und gewerblichen Kfz-Verkehrs in den kommenden Jahren sind dabei keineswegs als ein naturgesetzliches Phänomen zu verstehen, dem man lediglich mit dem Bau neuer Straßen begegnen kann, um dem erwarteten Kfz-Verkehr das ungehinderte Fließen zu ermöglichen.

Die Lenkung der für den Verkehrsbereich zur Verfügung stehenden Finanzmittel muß statt dessen in Zukunft nicht ausschließlich der Förderung von Mobilitäts- und Transportbedürfnissen, sondern ebenso der Suche nach Möglichkeiten der **Vermeidung von Kfz-Verkehr** zu Gute kommen. Dabei sind neben den Politikern aus Bund, Ländern und Gemeinden ebenso alle Kfz-Benutzer aufgerufen, ihre individuellen Fahrgewohnheiten und -bedürfnisse kritisch zu hinterfragen und die Pkw-Benutzung so weit wie möglich einzuschränken.

5.2 Grundsatzposition des BUND

Die Verkehrsprobleme in Hameln sind in verantwortbarer Weise nur dadurch zu bewältigen, daß im Rahmen des derzeit zu erstellenden Verkehrsentwicklungsplanes **zwei gleichbedeutende Handlungsschwerpunkte** gesetzt werden:

- A) Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muß in Zukunft mit absoluter Priorität gefördert werden.** Darüber hinaus muß eine Infrastruktur für Fahrradfahrer und Fußgänger geschaffen werden, die es attraktiv macht, kurze Wegstrecken auf diese Weise zurückzulegen.
- B) Parallel dazu muß der motorisierte Individualverkehr erheblich erschwert werden.** Es darf nicht einfacher sein, mit dem PKW die Innenstadt zu erreichen, als mit den o.g. Verkehrsmitteln.



Das soziale Leben der Stadtbewohner muß wieder Vorrang bekommen vor den Interessen der Autofahrer, die bisher nahezu uneingeschränkt die Regeln des Zusammenlebens im Straßenverkehr in ihrem Sinne beeinflußt haben. Die negativen Folgen dieser bisherigen Verkehrsplanung sind hinlänglich bekannt und nicht mehr zu vertreten.

Ziel der Hamelner Verkehrsplanung muß es daher sein, wieder Mobilität zu schaffen in unserer Stadt. Und zwar für Menschen, nicht für Autos. Mobilität zu Fuß, mit dem Fahrrad und dem öffentlichen Personennahverkehr.

Die Existenzberechtigung des Autos ist zukünftig für die Bewältigung von Mittelstrecken in der Fläche zu sehen.

5.2 Der BUND begrüßt daher die Vielzahl von Aussagen im o.a. Sinne, insbesondere aber:

- Die Forderung der Stadtplaner, die Probleme der Zukunft durch neue Ideen und intelligente -auf den umweltfreundlichen ÖPNV bezogene- Lösungen zu bewältigen.

- Die Leitidee "Stadt für Kinder" legt der städtischen Verkehrsplanung ganz besondere Verpflichtungen auf, denn: **Kinder können nicht an die für sie gefährliche Verkehrsumwelt angepaßt werden - die Verkehrsumwelt muß der eingeschränkten Verkehrsfähigkeit der Kinder angepaßt werden.**

Bisher sollte der Autoverkehr schnell, reibungslos u. störungsfrei verlaufen - zu Ungunsten aller schwächeren Verkehrsteilnehmer (Radfahrer, Fußgänger und damit auch der Kinder). **Eine kinderfreundliche Verkehrsplanung muß deshalb "Langsamkeit" fördern und Autos zurückdrängen.** Die Forderungen für eine kindgerechte Verkehrsplanung sind daher mit den Anforderungen an eine umweltgerechte Planung identisch.

- Bestätigt sehen wir uns in der Analyse, daß aufgrund der enormen Verkehrszunahme die herkömmlichen Handlungskonzepte der Verkehrsplanung (autogerechte Stadt) nicht mehr greifen.



- Erfreulich sind die Aussagen zur Verkehrsreduzierung und den dazu gemachten Planungsvorschlägen unter Punkt 8.5. (ÖPNV, Güterverteilzentrum, autofreie Zonen, Verkehrshindernisse, Straßentrückbau, Ausbau und Vernetzung von Fahrrad- und Fußwegen, keine weiteren Parkplätze).

- Gut ist auch ein Verkehrsberuhigungskonzept mit der Zielrichtung, den gewonnenen Straßenraum keinesfalls dem ruhenden Verkehr zufallen zu lassen.

5.3 Der BUND fordert

- Im Widerspruch zu den guten Ideen stehen aber die Forderungen der Stadtplaner nach weiterem Straßenausbau (u.a. Südumgehung Hameln), da diese Maßnahmen eine Förderung des motorisierten Individualverkehrs darstellen.

Akzeptierbar sind Ortsumgehungen aus unserer Sicht nur, wenn sie mit einer weitgehenden Verkehrsberuhigung der Ortsdurchfahrten verbunden sind.

Dieses ist für die Stadt Hameln nicht der Fall.

Auf den Bau der Südumgehung Hameln ist daher zu verzichten.

Auch die Fachleute der Planungsinstitute, die den Verkehrsentwicklungsplan erarbeiten, haben die Analyse des BUND (siehe hierzu gesonderte Stellungnahme im Raumordnungsverfahren) bestätigt. Die Südumfahrung bietet keine Lösung des innerstädtischen Verkehrsproblems. Dieses ist hausgemacht durch Ziel- und Quellverkehr, der sich durch die Südumfahrung nicht verlagern läßt.

Fest steht weiterhin, daß "nur unter den günstigsten Voraussetzungen mit einer Baufertigstellung der Umgehungsstraße noch in diesem Jahrhundert zu rechnen ist".

Danach sieht es derzeit aber zum Glück bei weitem nicht aus. Für die EXPO 2000 kommt dieses Projekt somit nicht mehr zum Zuge. Für die Stadtentwicklung ist dieses Projekt nicht nur eine planerische Unsicherheit, sondern ein Hemmschuh. Ein Verzicht auf die Südumfahrung würde eine feste Planungsbasis schaffen, mit der konkret gearbeitet werden könnte. Ein Argument mehr gegen dieses Bauprojekt.

- **Das neue Parkhaus am Viehmarkt ist aus städtebaulicher Sicht**



ein großer Fehler gewesen, da es weitere Verkehrsströme in die Innenstadt zieht. Sämtliche P+R Konzepte sowie die Bemühungen, die Verkehrsteilnehmer zum Umsteigen auf den ÖPNV zu bewegen, wurden durch den Bau unterlaufen. Um diese negativen Aspekte weitgehend auszugleichen, ist es erforderlich, die gleiche Anzahl an Parkplätzen (486) in der Fläche der Innenstadt zu reduzieren. Dies hätte neben dem Effekt einer Verminderung des Park-Suchverkehrs auch positive Auswirkungen auf das Stadtbild.

Um den Umfang dieser Ausarbeitung nicht zu sprengen, verzichten wir hier auf weitere detaillierte Forderungen und Aussagen. **Die Positionen des BUND finden Sie sehr ausführlich in den Stellungnahmen unseres Arbeitskreises Verkehr erläutert.**

Diese sind für jeden Interessierten im Umweltzentrum Hameln erhältlich.



Überlastert

Der Schwerlastverkehr nimmt immer mehr zu - Umwelt und Gesundheit bleiben auf der Strecke. GLOBUS bietet Ihnen aktuelle Informationen. Wenn Sie mehr über die GLOBUS-Hefte des BUND erfahren wollen, schicken Sie uns diese Anzeige. Das Heft zu diesem Thema erhalten Sie gegen 5,- DM (als Verrechnungsscheck).

BUND-Umweltzentrum
Rotebühlstr. 86/1 - 7000 Stuttgart 1



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



6. Zum Bereich Freizeit, Erholung, Sport

6.1 Ausgangslage:

Die Bundesrepublik ist auf dem Weg zu einer Freizeitgesellschaft. Die dem einzelnen individuell zur Verfügung stehende freie Zeit pro Tag, Woche und Jahr wird auch in Zukunft eher größer als kleiner.

Auch bei dieser Entwicklung zeichnen sich Risiken und Chancen ab, die unsere Stadt bei der zukünftigen Planung berücksichtigen sollte.

Dabei sind die Begriffe **Freizeit und Umwelt untrennbar miteinander verbunden**. Einerseits läuft gerade der Massentourismus unserer Zeit Gefahr, Natur und Kultur gleichermaßen zu zerstören, andererseits ist gerade der Erholungssuchende auf eine intakte Natur angewiesen.

Eine möglichst artenreiche, natürliche Landschaftsgestaltung auf annähernd 100 % der Fläche führt nicht nur zu touristischer Anziehungskraft, sondern erreicht auch, daß sich die Bewohner Hamelns in ihrer unmittelbaren Lebensumgebung wohl fühlen können. Sie werden dann in ihrer Freizeit nicht mehr "gezwungen", mit dem Auto aus ihrem Wohngebiet in fremde Städte und Länder zu flüchten, um sich zu entspannen und zu erholen.

Vielleicht kann so der alte Begriff "Heimat" wieder mit Bedeutung erfüllt werden.

6.2 Grundsatzposition

Freizeit, Sport und Tourismus sind hierzulande ein Massenphänomen, welches zusehends an Grenzen stößt, weil das wertvollste Kapital für eine gesunde Erholung, nämlich Natur und Landschaft, immer mehr zerstört wird.

Aber Alternativen zum herkömmlichen Massentourismus sind möglich. Für die Stadt Hameln gilt es hier, die Chancen zu nutzen und unter dem Motto **"Urlaub und Freizeit mit der Natur"** nicht nur den Freizeitwert Hamelns zu erhöhen, sondern mit dem Stichwort **"Sanfter Tourismus"** einen qualifizierten **Gewerbebezweig zu fördern, der Wirtschaftsentwicklung und Umweltschutz als Einheit verbinden kann.**



6.3 Der BUND begrüßt:

- daß es städtische Entwicklungsstrategie sein soll, durch qualitätsverbessernde Maßnahmen im engeren Wohnumfeld und durch Erhöhung des Freiraumangebotes im inneren Stadtbereich dafür zu sorgen, daß der Druck auf die freie Landschaft abgemindert wird. Darunter verstehen wir ein vielfältiges Maßnahmenbündel zum Schutz und zur Wiederansiedlung von Natur in unserer unmittelbaren Lebensumgebung, z.B.:

- + Programme für Dachbegrünungen, Fassaden- und Hinterhofbegrünungen
- + Ein- und Durchgrünungen unserer Siedlungen mittels großkroniger Gehölze und Hecken
- + Anlage von Feuchtbiotopen (Teiche, Tümpel)
- + Anlage von Schul- und Spielgärten - Bereitstellung von Kleingartenflächen (mit umweltfreundlichen Bewirtschaftungsauflagen)

Sämtliche Maßnahmen sollten zu einem Freiraumverbundsystem verknüpft und unbedingt mit verkehrsplanerischen Aspekten gekoppelt werden. (Einbindung von Fußgänger- und Radwegen)

6.4 Der BUND regt ferner an:

- konsequente Ausweisung und Schutz von vom Erholungsverkehr ausgenommenen Ruhezeiten für die Tier- und Pflanzenwelt, um besonders empfindliche Landschaftsteile **freizuhalten**.
- Der Erholungsverkehr muß in bestimmte siedlungsnahen Erholungsbereiche **kanalisiert** werden. (z.B. Ausweisung eines geeigneten Kiesteiches in Tündern als Badesee, um die anderen Teiche als Biotope schützen zu können.)
- **Förderung von landschaftsbezogenen, umweltverträglichen Erholungs- und Sportarten**, wie z.B. des Radwanderns durch Schaffung eines vom Straßenverkehr abgesetzten Radwegenetzes, welches erholungsrelevante Gebiete erschließt. Dieses könnte z.B. zusammen mit dem Hotel- und Gaststättengewerbe konzipiert und ggf. finanziert werden.
- Rückführung unseres teilweise von der Intensivlandwirtschaft biologisch und ästhetisch verarmten Umlandes in eine intakte reichhaltige Naturlandschaft, um den Freizeitwert auch für Urlauber zu erhöhen. (Förderung von Bachrenaturierungen, Baum- und Heckenpflanzungen ...)



- Umgestaltung zumindest eines Teils der städtischen Sportstätten weg von der eintönigen Wettkampfstätte hin zu einer **allgemein zugänglichen, natureingebundenen Bewegungsfläche**.

- Erstellung eines **Maßnahmenkonzeptes** für eine Umgestaltung unserer derzeitigen **Fremdenverkehrswirtschaft** hin zu einem Programm "sanfter Tourismus".

weitere Informationen: u.a. Urlaub und Freizeit mit der Natur, Edition Weitbrecht, 1991

Wochenend und Sonnenschein



Ungetrübtes Freizeitvergnügen bald nur noch bei wolkenverhangenem Himmel? GLOBUS liefert Fakten zur Ozonproblematik. Wenn Sie mehr über die GLOBUS-Hefte des BUND erfahren wollen, schicken Sie uns diese Anzeige. Das Heft zu diesem Thema erhalten Sie gegen 5,- DM (als Verrechnungsscheck).

BUND-Umweltzentrum
Rotebühlstr. 86/1 - 7000 Stuttgart 1



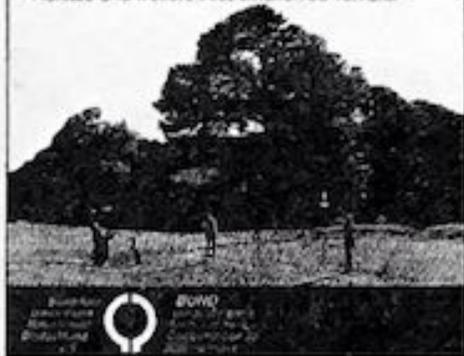
Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
e.V.



Verspielt

hat die Natur immer da, wo große Sport- und Freizeitanlagen rücksichtslos in die Landschaft gebaut werden. Wenn Sie sich dafür einsetzen wollen, daß die Anlage in Ihrer Nähe umweltfreundlicher wird, helfen wir Ihnen dabei.

Wüßten Sie, daß der BUND per Gesetz das Recht hat, zu allen umweltrelevanten Planungen Stellung zu beziehen? So könnte auch Ihre Stimme Gehör finden. Wie? Das sagt Ihnen eine der 2000 BUND-Ortsgruppen. Auch in Ihrer Nähe. Die Adresse und weitere Infos erhalten Sie von uns.



BUND
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

Otter! Find ich gut!



Fischotter gibts nicht im Versandhaus. Sie brauchen natürliche Lebensräume. Aber der Mensch macht dem Otter das Überleben immer schwerer.

Wenn Sie uns diese Anzeige schicken, erfahren Sie mehr über den Fischotter. Und wir sagen Ihnen, wie Sie uns helfen können, dem Otter zu helfen.



BUND - im Klavierspino 7, 5300 Bonn 1



7. Zum Bereich Umwelt/Natur, Stadtgestalt

7.1 Ausgangslage:

Zur Erinnerung:

- Immer mehr Tier- und Pflanzenarten sterben aus. Heute sind bei uns bereits 32 Prozent aller Farn- und Blütenpflanzen, 54 Prozent aller Wirbeltiere und 36 Prozent der Wirbellosen ausgestorben oder in ihrer Existenz gefährdet.
- Über 54 Prozent unserer Wälder im Landkreis Hameln-Pyrmont sind sogar nach amtlichen Angaben krank.
- Jahr für Jahr wird in der Bundesrepublik eine Fläche von der Größe des Bodensees überbaut, zubetoniert und asphaltiert.
- Die Verschmutzung und Verseuchung unserer Gewässer dürfte nicht erst durch den alarmierenden Zustand von Nord- und Ostsee jedem bewußt geworden sein.
- Vergiftete Trinkwasserbrunnen, Müllberge, zerfallende Gebäude, immer mehr Menschen, die an umweltbedingten Krankheiten leiden, ...

Dieses alles passiert nicht irgendwo, sondern auf der Gemarkung unserer Kommune. Gerade hier werden oft die Grundlagen für diese Umweltschäden (natürlich zusammen mit den anderen Städten und Gemeinden) gelegt.

Für Hameln läßt sich bisher feststellen, daß die Notwendigkeit eines umfassenden Naturschutzdenkens und -handelns gerade auch im politischen Raum nicht gesehen wird. Allein der Umgang mit dem Landschaftsplan Hameln (datiert 1989, fertiggestellt Juni 1991, unter Verschuß bis August 1992, derzeit zur Beratung in den Fraktionen - Einsicht in die kompletten Unterlagen wird uns auch jetzt noch verwehrt -) zeigt für uns, daß der Stellenwert des Naturschutzes bisher nicht allzu hoch angesiedelt ist.

7.2 Grundsatzposition des BUND:

"Naturschutz auf 100 Prozent der Fläche"

Dieses bereits in der Stadt Radolfzell praktizierte Modell sollte auch für Hameln Grundlage der gesamten Umweltpolitik sein.

Man versteht darunter ein abgestuftes System, welches ein umweltverträgliches Handeln auf dem gesamten Gemeindegebiet fordert.



Dieses schließt Haushalte, Produktionsverfahren, Müllvermeidung, Wiederverwertung, Abwasserreinigung, Energienutzung, Bewirtschaftung durch Land- und Forstwirtschaft, Verkehr, Umgang mit Wasser, Naturschutzgebietsbetreuung, Extensivierung, Biotopvernetzung und vieles andere ein.

7.3 Der BUND begrüßt, daß

auch Hamelns Stadtplaner in der Erhaltung und Sicherung, aber auch in der teilweisen (?) Wiederherstellung natürlicher Lebensgrundlagen eine zentrale Entwicklungsaufgabe der Stadt sehen. Die aufgeführten Grundsätze eines ökologischen Städtebaus finden daher unsere vollste Zustimmung. Bleibt nur zu hoffen, daß diesen hehren Grundsätzen auch konkrete Taten folgen werden. Um dieses zu erreichen, müssen folgende Punkte berücksichtigt werden:

7.4 Der BUND fordert:

Vorbemerkung:

Eine detaillierte Auflistung sämtlicher aus Naturschutzsicht erforderlichen Maßnahmen und Schwerpunkte sollte sich eigentlich aus dem Landschaftsplan Hameln ergeben. Die uns derzeit vorliegende Kurzzusammenfassung kann dieser Aufgabe nicht gerecht werden. Aus unserer Sicht ist dieses Papier aufgrund seiner unübersichtlichen Gliederung und Darstellung sowie der lediglich auszugswweisen Wiedergabe wichtiger Kernaussagen und -feststellungen als Arbeitsgrundlage gerade auch für die politischen Entscheidungsträger **ungeeignet**. Eine weitere inhaltliche Stellungnahme wird daher von unserer Seite erst nach Einblick in die Gesamtunterlagen erfolgen. **Schon jetzt steht aber fest, daß durch das bisherige Verfahren und die mangelhafte Art der Präsentation im politischen Raum eine große Chance vertan wurde, Akzeptanz und Verständnis für Naturschutzmaßnahmen zu schaffen.**

Um den Rahmen dieser Stellungnahme nicht zu sprengen, beschränken wir uns im folgenden nur auf Kernforderungen.



A) Bereich Verwaltung:

- Der Stellenwert des Naturschutzes muß in der Verwaltung qualifiziert und erhöht werden. Dazu soll durch einen Unternehmensberater eine Bedarfsprüfung für die Einrichtung eines **Umweltamtes** erfolgen. Mindestens aber muß die Stelle eines **Umweltbeauftragten** beim OSD angesiedelt werden, welcher die Aufgabe hat, zu allen umweltrelevanten Themen (z.B. UVS) unabhängig von den beteiligten Ämtern Stellung zu beziehen. Weiterhin wird für die Durchführung der Kontroll- und Überwachungsaufgaben die Schaffung einer Exekutivstelle als **Naturschutzwart/Flurhüter** als notwendig angesehen. Für fachkundige Planungen und Beratungen ist die Stelle eines **Landschaftsökologen** zu schaffen.

- Der **Umweltausschuß** der Stadt Hameln sollte durch zwei beratende Mitglieder der anerkannten und vor Ort arbeitenden Naturschutzverbände BUND und NaBu (ehem. DBV) **erweitert** werden. So können die Verbände direkter aus ihrer Sicht zu aktuellen Naturschutzproblemen Stellung beziehen und Entscheidungsprozesse mitgestalten.

- Der Hamelner Umweltbericht ist durch einen Maßnahmenkatalog als **Vorausblick** auf das nächste Jahr zu erweitern.

- Maßnahmen, die dem bewußten Umgang mit der Natur dienen, sollten von der Stadt **finanziell unterstützt** werden. Zum Beispiel:

- * Schulgärten und -teiche
- * Ausstellungen und Vorträge zu umweltrelevanten Themen
- * Waldschadenslehrpfade
- * Fassadenbegrünungswettbewerbe

B) Bereich Landwirtschaft:

Mit bundesweit mehr als 50 Prozent der Fläche hat die Landwirtschaft quantitativ den größten Einfluß auf die Umwelt - hier muß deshalb eine hohe Priorität für Maßnahmen liegen.

Für Hameln ist daher ein **kommunales landwirtschaftliches Extensivierungsprogramm** mit Einzelverträgen für Acker, Grünland, Streuobstwiesen in Höhe von mind. 60.000,- DM aufzulegen. Hier werden den Landwirten für bestimmte Bewirtschaftungsauflagen (Anzahl und frühester Zeitpunkt der Mahd, Umwandlung von Acker in Grünland, Dünge- und Pestizidverbot)



Ausgleichszahlungen i.H. von 400,- bis 1000,- DM/ha und Jahr gezahlt. Insbesondere ist dem zunehmenden Grünlandumbruch (Verlust von 42 Prozent Grünland von 1960 bis 1987) massiv gegenzusteuern.

Gerade in den besonders intensiv genutzten und stark ausgeräumten Landschaftsräumen muß weiterhin eine verstärkte Vernetzung von Lebensräumen durch Hecken und Feldgehölze gefordert und gefördert werden. Hier ist eine **Biotopverbundplanung** in Auftrag zu geben.

C) Bereich Forstwirtschaft:

Auch für die Forstwirtschaft muß eine extensive Bewirtschaftung gelten. Durch eine Schonwaldverordnung ist festzulegen, daß naturferne Nadel- und Laubholzbestände in naturnahe Laubholzbestände zu überführen sind. Es dürfen ferner keine Kahlschläge über 0,3 ha angelegt werden, und Laubholzbestände sind schirmschlagartig zu verjüngen. Es muß eine Verzahnung verschiedener Alterstufen angestrebt werden. Weiterhin sollte der Anteil an Waldlichtungen erhöht werden. Begrüßen tut der BUND die derzeitige Absicht des Forstamtes, die Totholzbestände in den Wäldern durch Unterlassen der Schnittabfuhr wesentlich zu erhöhen.

D) Bereich Naturschutz-/Landschaftsschutzgebiete

Die im Landschaftsplan vorgeschlagenen Neuausweisungen von Schutzgebieten werden von uns begrüßt. Unerklärlich ist für uns aber, wie es zu der "ökologischen Wertminderung" z.B. im LSG-HM 1 kommen konnte, welche dazu geführt haben soll, daß die Anforderungen des Paragraph 26 N NatG nicht mehr erfüllt werden. Hier muß es doch offensichtlich ein erhebliches Defizit in der Konzeption und Überwachung der Schutzvorschriften gegeben haben. Falsch wäre es daher, den Schutzstatus aufzuheben, **vielmehr ist von den Verursachern der Schäden eine Wiederherstellung des ursprünglich schützenswerten Zustandes zu fordern.**

Weitere Informationen:

- Modell Radolfzell, Naturschutz auf 100 % der Fläche, BUND argumente
- Landschaftsplan Hameln, Kurzzusammenfassung



8. Weitere Handlungsgebiete:

8.1 Energie

- Da fast alle Energiearten in Ihrer Erzeugung umweltschädlich sind, muß eine möglichst drastische **Einschränkung des gesamten Energieverbrauchs** in Hameln oberstes Gebot sein. Dabei ist weiterhin ein verstärkter Einsatz von regenerierbaren Energiequellen zu fördern.

Für Hameln fordern wir daher die Erstellung eines **Ennergiesparkonzeptes** mit dem Ziel:

- für alle öffentlichen und gemeindeeigenen Gebäude ein möglichst hohes Maß an Strom und Heizenergie einzusparen.
- die Einsatzmöglichkeiten von alternativen Energien bei größeren gemeindeeigenen Projekten zu überprüfen (kleine Blockheizkraftwerke, Solar-, Biogas- oder Windenergienutzung.)
- Einstellung eines Energiesparberaters durch den Landkreis.

8.2 Abfall

Die Abfallproblematik ist im wahrsten Sinne des Wortes erstickend. Absolute Priorität vor allen anderen Lösungen muß daher die Müllvermeidung bekommen. Für Hameln bedeutet dieses z.B. einen möglichst schnellen Verzicht auf die sog. "Recyclingbecher" und Wiedereinführung von Gläsern und Bechern für den Ausschank von Getränken.

Weiter Anregungen sind dem "besseren Müllkonzept" der Bürgerinitiative gegen die Müllverbrennungsanlage zu entnehmen.

Einem Müllentsorgungszentrum Weserbergland unter Ausschöpfung sämtlicher Kapazitäten der MVA ist mit allem Mitteln gegenzusteuern.

8.3 Wasser

Zum Schutz des "Lebensmittels" Wasser regen wir folgende Maßnahmen an:

- Erstellung eines Abwasserkatasters
- Kontrolle und Sanierung des Kanalsystems



- beispielgebende Einführung von Regenwassersammlungen bei öffentlichen Gebäuden wie z.B. zur Bewässerung von Sportfreianlagen
- Anreize für eine private Versickerung von Regenwasser (Beispiel Tündern)
- Entsiegelung von größeren Beton- und Steinflächen (z.B. Schulhöfe, BHW-Parkplatz)

8.4 Klimaschutz

- Die drohende Klimakatastrophe ist grundsätzlich ein globales Problem. Doch eine Lösung muß in den Industrienationen gefunden werden. Hier ist Handeln nicht nur in Form von Forderungen von Expertenkommissionen gefragt, sondern auch auf kommunaler Ebene. Zu diesem Zwecke wurde das **"Klimabündnis europäischer Städte und Gemeinden mit den Indianervölkern Amazoniens zum Erhalt der Erdatmosphäre"** gegründet. Hauptaufgabe dieses Bündnisses ist, die Kommunen zu Handlungszentren werden zu lassen. Der gegenseitige Erfahrungs- und Informationsaustausch wird dabei eine entscheidende Rolle spielen. In Niedersachsen sind dieser Initiative bislang Lüneburg, Langenhagen und Hannover beigetreten. Auch Hameln sollte diesem Instrument zur Abwehr der Klimakatastrophe beitreten.

- konkret zu Hamelns Luft ist noch zu sagen, daß gerade für unser enges **Wesertal die Frischluftzufuhr** sehr wichtig ist, insbesondere bei Inversionswetterlagen oder bei wenig Wind. Eine Ermittlung der Hamelner Frischluftströme ist daher von großer Bedeutung. Bisher wurde dieser Punkt in den meisten uns bekannten Untersuchungen **falsch eingeschätzt**. So wird z.B. in den Untersuchungen zum Planfeststellungsverfahren der MVA, zum Raumordnungsverfahren der Südumgehung und in dem landschaftsplanerischen Beitrag zur Standortfindung einer neuen Gewerbefläche von falschen Hauptwindrichtungen in Hameln (NW über W bis SW drehende Winde) ausgegangen. **Laut einer Studie des Deutschen Wetterdienstes Hannover dominieren in Hameln aber die Winde aus SO bis O.** Dieses muß bei der Ausweisung von Gewerbegebieten, Bebauung (evtl. Auflagen für Neubauvorhaben in Form von Hausabständen, Hausausrichtung am Hang) berücksichtigt werden. Evtl. ist die Schaffung von neuen Frischluftschnelsen nötig, um die Smog-Gefahr zu reduzieren.



9. Schlußbetrachtung

Sicher viele sogenannte Realisten werden jetzt (vorsichtig ausgedrückt) sagen, "schön, schön, sicherlich auch wünschenswert - aber leider nicht zu bezahlen". Mit diesen Sätzen landet dann die Stellungnahme (bestenfalls in einer Schreibtischschublade - und das war's dann.

Dabei gilt auch hier - Wenn Frau/Mann will, geht es auch - !

Es ist "lediglich" eine Frage der politischen Gewichtung.

Wir wünschen uns daher Politiker/innen, die den Mut und die Verantwortung haben, sich zu einem ökologischen Umbau unserer Gesellschaft zu bekennen und danach zu handeln.

Weiter wünschen wir uns Bürger und Verbände, die aktiv Position beziehen für die vorgeschlagenen Ideen.

Alle gemeinsam könnten wir dann die hier nur niedergeschriebenen Vorschläge weiterentwickeln und in aktives Handeln umsetzen.

**Wir freuen uns nun auf eine hoffentlich anregende und lebhaft
Diskussion.**

Weitergehende Informationen und Literatur zu Umweltthemen sind im Natur- und Umweltschutzzentrum Hameln, Berliner Platz 4, erhältlich. Unser Umweltberater Detlev Scheider-Burmester steht Ihnen dort auch zur persönlichen Beratung zur Verfügung.

Telefon: 05151/13671

Öffnungszeiten:

dienstags und freitags 10.00 - 15.00 Uhr,

mittwochs und donnerstags 14.00 - 18.30 Uhr,

samstags 10.00 - 13.00 Uhr

Ihre BUND-Ortsgruppe Hameln



Wir über uns - BUND Ortsgruppe Hameln

Die Ortsgruppe Hameln des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland ist die vor Ort aktive Untergliederung des bundesweit organisierten und nach Paragraph 29 BNatG anerkannten, gemeinnützigen Naturschutzverbandes BUND.

Bundesweit haben wir derzeit über 200.000 Mitglieder, auf Kreisebene sind es rund 300 Personen. Die Arbeit erfolgt, mit Ausnahme einer ABM-Kraft im Umweltzentrum Hameln, ehrenamtlich. Der BUND ist parteipolitisch neutral.

Die **Schwerpunkte** unserer Arbeit in Hameln liegen in den Bereichen:

a) Verkehr - hier engagiert sich ein gesonderter Arbeitskreis, der neben einer umfangreichen Stellungnahme zur Südumgehung Hameln ein alternatives Verkehrskonzept entworfen hat und aktiv am Verkehrsentwicklungsplan mitarbeitet.

b) Verpackung/Müllverbrennung - auch hier gibt es eine eigene Arbeitsgruppe, die u.a. sehr eng mit der Bürgerinitiative gegen die Erweiterung der MVA zusammenarbeitet.

c) Fließgewässerschutz - diese Arbeitsgruppe beschäftigt sich zur Zeit mit einer neuen Ausstellung "Rettet die Bäche" und plant einen Gewässerlehrpfad.

Im Rahmen unserer monatlichen Treffen (Umweltstammtisch) behandeln wir darüberhinaus noch eine Vielzahl von aktuellen Themen. Aktive Naturschutzzeinsätze wie das Anlegen von Benjeshecken und andere Pflanzarbeiten runden unsere Arbeit ab.

Auf Kreisgruppenebene unterhalten wir gemeinsam mit dem Naturschutzbund (ehem. DBV) das Natur- und Umweltschutzzentrum und geben regelmäßig einen eigenen Mitgliederrundbrief - die BRENNESSEL - heraus. Weiterhin geben wir Stellungnahmen zu Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren im Rahmen der Beteiligung der Naturschutzverbände ab.

Im Kreisausschuß für Regionalplanung und Umweltschutz sind wir mit einem beratenden Mitglied vertreten.

Ansprechpartner für die Ortsgruppe Hameln ist Dr. Wolfgang Reimers, Tel. 05161/69640

- V.L.S.d.P. Ralf Hermes, NUZ, Berliner Platz 4, 3250 Hameln -